Vereinsatzung für die Tanzsportwelt der Höllriegl's e. V.

§ 1. Name, Sitz, Vereinsfarben, Geschäftsjahr

- (1) Der Verein führt den Namen "Die Tanzsportwelt der Höllriegl's e. V.". Der Rufname soll „TSW Höllriegl“ lauten. Er wurde am Montag, den 15.04.2024 in Weiden gegründet.
- (2) Der Verein soll in das Vereinsregister eingetragen werden und führt demnach den Zusatz „e. V.“
- (3) Der Verein hat seinen Sitz in Weiden i. d. OPf.
- (4) Die Vereinsfarben sind Rot-Blau.
- (5) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2. Zweck und Aufgaben

- (1) Zweck des Vereins ist unmittelbar die Pflege und Förderung des Tanzsports für alle Altersstufen. Zweck des Vereins ist außerdem die sportliche Förderung von Jugendlichen und die Jugendpflege.
- (2) Insbesondere wird der Zweck durch die Ausübung der Sportart „Tanzen“ ausgeführt.
- (3) Der Verein bekennt sich zu den Grundsätzen des Amateursports.
- (4) Aufgaben des Vereins sind die Wahrung des ideellen Charakters des Tanzsports, die sach- und fachgerechte Ausbildung von Tanzsportlern für den Wettbewerb bei Tanzturnieren nach den in der Turnier- und Sportordnung des Deutschen Tanzsportverbandes e.V. festgelegten sportlichen Regeln, die Förderung des Breiten- und Freizeitsports sowie die Durchführung von Sportveranstaltungen.
- (5) Der Verein ist parteipolitisch neutral und vertritt den Grundsatz religiöser und weltanschaulicher Toleranz sowie die Gleichberechtigung aller Geschlechter.
- (6) Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Interessen. Die Tätigkeit und etwaiges Vermögen des Vereins, seiner Gliederungen und Mitglieder sowie Anschlussvereinigungen dienen ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Mittel des Vereins sowie etwaige Überschüsse dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden.
Die Mitglieder des Vereins können ehrenamtliche Tätigkeiten gegen eine angemessene Vergütung ausüben. Bei Bedarf können Vereinsämter im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten entgeltlich auf der Grundlage eines Dienstvertrages oder gegen Zahlung einer Aufwandsentschädigung nach

§3 Nr. 26 a EStG ausgeübt werden. Die Entscheidung über eine entgeltliche Vereinstätigkeit beschließt die Vorstandschaft. Gleiches gilt für die Vertragsinhalte und -bedingungen.

Die Mitglieder erhalten keine Anteile am Überschuss aus Mitteln des Vereins. Der Verein darf keine Person durch Verwaltungsausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigen. Ausgetretene, ausgeschiedene und ausgeschlossene Mitglieder haben keinen Anspruch auf das Vermögen des Vereins.

Mitgliederbeiträge, Gebühren und Spenden werden nicht zurückerstattet. Zuwendungen an den Verein aus zweckgebundenen Mitteln des Staates, des Landes, des Bezirks, der Stadt, der Sportverbände und anderer Einrichtungen oder Behörden dürfen nur für die vorgeschriebenen Zwecke Verwendung finden. Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall des bisherigen Zwecks wird das Vermögen des Vereins dem Landes-Tanzsportverband Bayern e.V., dem Bayerischen Landes-Sportverband e.V. oder einer anderen Organisation mit gemeinnützigem Satzungszweck zur Verwendung für gemeinnützige Zwecke des Sports zur Verfügung gestellt.

Eine Änderung im Status der Gemeinnützigkeit meldet der Verein sofort den zuständigen Einrichtungen an.

§ 3. Zugehörigkeit und Gliederung

- (1) Der Verein kann Mitglied in Vereinigungen werden, welche die Erfüllung von Zweck und Aufgaben des Vereins unterstützen.
- (2) Der Verein ist Mitglied des Bayerischen Landes-Sportverbandes e. V. und erkennt dessen Satzung und Ordnungen an. Durch die Mitgliedschaft von Einzelpersonen im Verein wird auch die Zugehörigkeit der Einzelpersonen zum Bayerischen Landes-Sportverband und zu dem bayerischen Sportfachverband vermittelt, deren Sportart die Einzelpersonen im Verein ausüben.
- (3) Der Verein ist ebenso Mitglied des Landestanzsportverbandes Bayern e.V. (LTVB) und des Deutschen Tanzsportverbandes e.V. (DTV).
Der Verein erkennt alle Satzungen und Ordnungen der beigetretenen Verbände an.
- (4) Der Verein gliedert sich in die Abteilungen für
 - a) Formationstanzsport,
 - b) Tanzsportjugend und Jugendpflege,
 - c) Breitensport
- (5) Körperschaften, Gesellschaften, Gemeinschaften, Institutionen und sonstige Personenvereinigungen können sich dem Verein anschließen, wenn sie sich aufgrund ihrer Satzungen, Ordnungen, Vorschriften und Bestimmungen, die nicht der Satzung des Vereins widersprechen dürfen, die Förderung und Pflege

des Tanzsports zur Aufgabe gestellt haben. Die Mitglieder solcher Anschlussvereinigungen müssen Mitglied des TSW Höllriegl sein; sie unterliegen der Satzung und den Ordnungen des Vereins.

§ 4. Mitgliedschaft

- (1) Dem Verein gehören aktive und fördernde Mitglieder sowie Ehrenmitglieder an.
 - a) Aktive Mitglieder sind solche, die Einrichtungen sportlicher Art des Vereins in Anspruch nehmen.
 - b) Fördernde Mitglieder sind solche, die die Bestrebungen des Vereins unterstützen. Sie haben zu den Mitgliederversammlungen als Hörer Zutritt, jedoch kein Rede- und Stimmrecht.
 - c) Ehrenmitglieder sind Personen, die sich um den Verein oder den Tanzsport hervorragende Verdienste erworben haben. Sie werden vom Vorstand ernannt. Ehrenmitglieder sind beitragsfrei und haben alle Rechte eines aktiven Mitglieds.
- (2) Die Altersgliederung des Vereins ist folgende:
 - a) Mitglieder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres sind Kinder.
 - b) Mitglieder ab Vollendung des 14. Lebensjahres bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres sind Jugendliche.
 - c) Mitglieder ab Vollendung des 18. Lebensjahres sind Erwachsene.

§ 5. Erwerb der Mitgliedschaft

- (1) Mitglied des Vereins kann jede natürliche Person werden.
- (2) Anträge auf Aufnahme als Mitglied in den Verein sind in Textform an den Vorstand des Vereins zu richten. Bei Minderjährigen haben deren gesetzliche Vertreter dem Aufnahmeantrag zuzustimmen; darin liegt zugleich die Übertragung des Stimmrechts für minderjährige Mitglieder, die das 16. Lebensjahr vollendet haben.
- (3) Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand innerhalb von acht Wochen nach Eingang des schriftlichen Antrags.
- (4) Der Vorstand kann die Aufnahme ohne Angabe von Gründen ablehnen. Im Falle der Ablehnung hat der Antragsteller das Recht, seinen Aufnahmeantrag zur Entscheidung der nächsten Mitgliederversammlung des Vereins vorzulegen, die endgültig entscheidet.
- (5) Mit der Aufnahme in den Verein entsteht für das Mitglied die Verpflichtung zur Zahlung gewisser Beträge. Diese kann man der Finanzordnung entnehmen.

§ 6. Beendigung der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss oder den Tod.
- (2) Der Austritt aus dem Verein kann mit dreimonatiger Kündigungsfrist zum 31. Dezember eingereicht werden.

Innerhalb der ersten drei Monate der Mitgliedschaft ist der Austritt mit einmonatiger Kündigungsfrist zum Monatsende möglich (= die sogenannten Probemonate).

Für Fördermitglieder ist der Austritt mit einmonatiger Kündigungsfrist zum Monatsende jederzeit möglich.

Der Austritt eines Mitglieds hat durch Erklärung in Textform an den Vorstand zu erfolgen. Die Beiträge und Gebühren sind bis zum Ablauf der Mitgliedschaft zu entrichten. Der Vorstand kann in begründeten Fällen einen vorzeitigen Austritt genehmigen.

- (3) Der Ausschluss erfolgt nach Androhung durch den Vorstand.

Der Vorstand kann auf Ausschluss erkennen, wenn ein Mitglied durch Handlungen, Unterlassungen oder in sonst irgendeiner erkennbaren Form das Ansehen des Vereins in grober Weise schädigt, den Interessen oder Beschlüssen des Vereins zuwiderhandelt oder gegen die Satzung bzw. Ordnungen des Vereins verstößt.

Der Vorstand kann ein Mitglied ausschließen, wenn es trotz erfolgter Mahnung mit mindestens drei Monatsbeiträgen oder -gebühren in Rückstand ist.

Die Androhung ist dem Betroffenen in Textform mitzuteilen und zu begründen. Dem Betroffenen ist vor dem Tag der Zustellung der Androhung als Gelegenheit zur Wirksamwerden des Ausschlusses eine vierwöchige Einspruchsfrist ab Äußerung gegeben. Diese Äußerung hat in Textform zu erfolgen. Lässt das Mitglied die gesetzte Frist verstreichen, so wird der angedrohte Ausschluss wirksam.

Über einen Einspruch gegen den Ausschluss wird von der nächsten Mitgliederversammlung entschieden. Der Einspruch hat keine aufschiebende Wirkung, d. h. die Mitgliedschaft ruht bis zur Entscheidung durch die Mitgliederversammlung.

Ansprüche irgendwelcher Art an den Verein erlöschen mit dem Wirksamwerden des Ausschlusses; im Falle des Einspruchs ruht ihre Geltendmachung bis zur Entscheidung über den Einspruch.

§ 7. Beiträge und Gebühren

- (1) Die Mitglieder haben monatliche Beiträge, jährliche Beiträge, außerordentliche Beiträge und Gebühren entsprechend den Beschlüssen der Mitgliederversammlung zu zahlen.

- (2) Die von der Mitgliederversammlung beschlossenen Beiträge und Gebühren sind eine Bringschuld.
- (3) Der Vorstand kann in besonderen Fällen von den Beschlüssen der Mitgliederversammlung abweichende Bestimmungen beschließen, soweit diese nicht zu einer höheren Belastung des Mitglieds führen.

§ 8. Mitgliederversammlung

- (1) Die ordentliche Mitgliederversammlung (Jahreshauptversammlung) findet einmal im Geschäftsjahr spätestens bis zum 31. Dezember statt.
- (2) Außerordentliche Mitgliederversammlungen finden statt, wenn 1/3 der stimmberechtigten Mitglieder diese in Textform fordert oder der Vorstand die Einberufung für notwendig erachtet.
- (3) Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstand spätestens vier Wochen vor der Versammlung unter Angabe von Ort, Zeit und vorläufiger Tagesordnung in Textform einberufen. Der Ort der Versammlung darf nicht außerhalb von Weiden i. d. OPf. und dem Landkreis Neustadt a.d. Waldnaab sein.
- (4) Jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung muss aus mindestens sieben stimmberechtigten Mitgliedern bestehen, um beschlussfähig zu sein.
- (5) Die Leitung in der Mitgliederversammlung führt der 1. Vorsitzende, im Falle seiner Verhinderung leitet der 2. Vorstand die Sitzung oder ein von der Versammlung gewählter Versammlungsleiter. Der 1. Vorsitzende kann mit Einverständnis des Vorstandes eine andere Person mit der Versammlungsleitung beauftragen.
Soweit der Schriftführer nicht anwesend ist, wird auch dieser von der Mitgliederversammlung bestimmt.
- (6) Der Versammlungsleiter kann die Teilnahme von Gästen an der Mitgliederversammlung zulassen und diesen auch Rederecht erteilen.
- (7) Anträge zur Tagesordnung sind spätestens zwei Wochen vor der Versammlung in Textform beim Vorstand einzureichen.
- (8) Ab zwei Wochen vor der Versammlung bis zum letzten Werktag vor der Versammlung liegen die Anträge und ggfls. der Jahresabschluss (Einnahmen-Überschussrechnung) sowie die endgültige Tagesordnung in der Geschäftsstelle aus und können von den Mitgliedern eingesehen oder angefordert werden.
- (9) Dringlichkeitsanträge, d.h. Anträge, die nicht in der endgültigen Tagesordnung enthalten sind, sind zur Begründung, Debatte und Abstimmung nur zuzulassen, wenn die Mitgliederversammlung dies beschließt. Als Dringlichkeitsanträge nicht zuzulassen sind Anträge, die eine Änderung der Satzung enthalten.

- (10) Anträge, die sich aus der Beratung eines Antrages ergeben, diesen verbessern, kürzen oder erweitern, sind ohne Feststellung der Dringlichkeit als Änderungsanträge zur Behandlung und Abstimmung zuzulassen.
- (11) Die ordentliche Mitgliederversammlung nimmt den Jahres- und Kassenbericht des Vorstandes sowie den Bericht der Kassenprüfer entgegen. Die ordentliche Mitgliederversammlung beschließt über die Entlastung des Vorstandes und beschließt über die Entlastung vorzeitig ausgeschiedener Vorstandsmitglieder.
- (12) Der Mitgliederversammlung obliegt die Wahl des Vorstandes.
- (13) Die Mitgliederversammlung beschließt die Finanzordnung.
Diese legt u.a. fest:
- a) Höhe der monatlichen und jährlichen Mitgliedsbeiträge
 - b) Zahl der zu leistenden Arbeitsstunden bzw. Höhe der entsprechenden Ausgleichszahlungen
 - c) Höhe und Anlässe von zusätzlichen Beiträgen und Gebühren
- (14) Abstimmungen erfolgen im Regelfall offen durch Handaufheben.
Die Versammlung kann geheime und schriftliche Abstimmung beschließen.
- (15) Sofern nicht diese Satzung oder das Gesetz etwas anderes vorschreiben, werden Beschlüsse der Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gefasst. Für die Feststellung der einfachen Stimmenmehrheit ist allein das Verhältnis der abgegebenen Ja- zu den Nein-Stimmen maßgebend. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen nicht.
Beschlüsse, durch welche die Satzung geändert wird, und Beschlüsse über die Auflösung des Vereins bedürfen einer Mehrheit von 2/3 der anwesenden Stimmen.
- (16) Mit Ausnahme der fördernden Mitglieder hat jedes Mitglied eine Stimme.
Erwachsene Mitglieder des Vereins einschließlich der minderjährigen Mitglieder ab dem vollendeten 16. Lebensjahr üben ihr Stimmrecht persönlich aus. Bei minderjährigen Mitgliedern bis zum vollendeten 16. Lebensjahr üben deren gesetzliche Vertreter das Stimmrecht aus.
Darüber hinaus kann das Stimmrecht von bis zu drei stimmberechtigten Mitgliedern einem anderen aktiven oder Ehrenmitglied für jeweils eine Mitgliederversammlung übertragen werden. Die schriftlichen Vollmachten sind dem Versammlungsleiter oder seinem Beauftragten im Original vor der Mitgliederversammlung auszuhändigen.
- (17) Über den Verlauf der Mitgliederversammlung und über die gefassten Beschlüsse ist eine Niederschrift zu fertigen, die von dem Versammlungsleiter und dem Protokollführer zu unterzeichnen ist.

§ 9. Vorstand des Vereins

- (1) Dem Vorstand des Vereins gehören an:
 - a) 1. Vorsitzende/r,
 - b) stellvertretender Vorsitzende/r (2. Vorstand),
 - c) Ressortleiter Finanzen (Schatzmeister/Kassenwart/Kassier),
 - d) Ressortleiter Verwaltung und Schriftverkehr (Protokoll-/Schriftführer)
- (2) Vorstand im Sinne des § 26 des Bürgerlichen Gesetzbuches und somit geschäftsführender Vorstand sind der 1. Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende.
- (3) Der Verein wird nach außen hin gerichtlich und außergerichtlich durch den 1. Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden vertreten. Jeder ist allein vertretungsberechtigt.

Im Innenverhältnis wird bestimmt, dass der stellvertretende Vorsitzende und der Schatzmeister nur bei Verhinderung des 1. Vorsitzenden oder bei Beauftragung durch den Vorstand tätig werden dürfen.
- (4) Die Mitglieder des Vorstandes werden von der Mitgliederversammlung gewählt. Sie müssen Mitglieder des Vereins und volljährig sein.

In Kalenderjahren mit geraden Jahreszahlen hat die ordentliche Mitgliederversammlung jeweils auf die Dauer von zwei Geschäftsjahren eine Neuwahl des Vorstandes vorzunehmen. Eine Wiederwahl von Vorstandsmitgliedern ist unbegrenzt zulässig.
- (5) Die Wahlen können offen oder geheim erfolgen. Steht für einen Posten nur ein Kandidat zur Wahl, so erfolgt die Abstimmung im Regelfall offen durch Handaufheben. Die Mitgliederversammlung kann mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen geheime und schriftliche Abstimmung beschließen.

Stehen für einen Posten mehr als ein Kandidat zur Wahl, so erfolgt die Abstimmung im Regelfall geheim und schriftlich. Die Mitgliederversammlung kann mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen offene Abstimmung beschließen.
- (6) Stehen für die Wahl zum Vorstand nicht genügend Kandidaten zur Verfügung, so können Vorstandsämter in Personalunion besetzt werden. 1. Vorsitzender, stellvertretender Vorsitzender und Schatzmeister müssen unterschiedliche Personen sein.
- (7) Kandidieren bei einem Wahlgang mehrere Personen für ein Amt, so ist derjenige Kandidat gewählt, der die meisten gültigen Stimmen erhält.
- (8) Die Mitglieder des Vorstandes werden einzeln gewählt.
- (9) Der Vorstand bleibt nach Ablauf seiner Amtszeit noch so lange im Amt, bis rechtswirksame Neuwahlen stattgefunden haben.
- (10) Im Falle des Ausscheidens von Vorstandsmitgliedern vor Ablauf der Amtszeit ergänzt sich der Vorstand selbst durch Zuwahl, die von der nächsten Mitgliederversammlung bestätigt werden muss.

Wird die zur Bestätigung erforderliche Mehrheit nicht erreicht, so hat die Mitgliederversammlung einen eigenen Kandidaten vorzuschlagen.

- (11) Der Vorstand führt die Geschäfte des Vereins nach der von ihm festgelegten Geschäftsordnung. Er kann Aufgaben in Einzelfällen auf Mitglieder delegieren.
- (12) Die Mitglieder des Vorstandes sind ehrenamtlich tätig. Für die notwendigen Aufwendungen können sie angemessen entschädigt werden.
- (13) Der 1. Vorsitzende hat den Vorsitz im Vorstand. Im Verhinderungsfall vertritt ihn der stellvertretende Vorsitzende. Zu einer Beschlussfassung innerhalb des Vorstandes ist die einfache Mehrheit der Mitglieder des Vorstandes notwendig; jede Person hat eine Stimme. Beschlüsse können auch brieflich, über elektronische Medien oder fernmündlich gefasst werden.
- (14) Im Innenverhältnis wird bestimmt, dass bei Rechtsgeschäften, deren Wert einen in der Geschäftsordnung festgelegten Betrag nicht übersteigt, der 1. Vorsitzende allein entscheiden kann; bei dessen Verhinderung kann der stellvertretende Vorsitzende zusammen mit dem Schatzmeister entscheiden.
- (15) Bei Entscheidungen, die ein Vorstandsmitglied betreffen, ist dieses von der Beschlussfassung und Abstimmung ausgeschlossen.
- (16) Der Vorstand ist bevollmächtigt, Ehrenordnungen zu schaffen und zu beschließen sowie Ehrenmitglieder zu ernennen.
- (17) Der Vorstand setzt die Höhe der Aufnahmegebühren fest.
- (18) Über die gefassten Beschlüsse des Vorstandes ist eine Niederschrift zu fertigen, die vom 1. Vorsitzenden und dem Schriftführer bzw. deren Stellvertreter zu unterzeichnen ist.

§ 10. Kassenprüfer

- (1) Die ordentliche Mitgliederversammlung wählt auf die Dauer von zwei Jahren einen Kassenprüfer. Die Wahl erfolgt einmal pro Geschäftsjahr.
Eine Wiederwahl von Kassenprüfern ist unbegrenzt zulässig, insofern am Ende einer Wahl zwei verschiedene Individuen gewählt wurden.
Die Kassenprüfer dürfen nicht Mitglieder des Vorstandes sein.
- (2) Den Kassenprüfern ist jederzeit Einblick in die Kassenführung des Vereins zu gewähren.
- (3) Die Kassenprüfer haben alljährlich zum Ende des Geschäftsjahres die Buchführung und den Jahresabschluss zu prüfen.
- (4) Über das Ergebnis der Prüfung ist der ordentlichen Mitgliederversammlung zu berichten. Dieser Bericht ist als schriftliche Anlage der Niederschrift über die Mitgliederversammlung beizufügen.

§ 11. Änderung der Satzung

- (1) Satzungsänderungen beschließt die Mitgliederversammlung.
- (2) Zu einem Beschluss, der eine Änderung der Satzung enthält, ist eine Mehrheit von 2/3 der anwesenden Stimmen erforderlich. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen nicht.
- (3) Satzungsänderungen, die auf Veranlassung des Registergerichts oder einer anderen Behörde vorzunehmen sind, können vom Vorstand alleine beschlossen werden.

§ 12. Fristen und Zustellung

- (1) Erklärungen und Mitteilungen, für welche diese Satzung die Textform vorsieht, können schriftlich oder per elektronischer Korrespondenz (E-Mail) erfolgen. Eine Abwicklung über soziale Medien ist nicht zulässig.
- (2) Mitteilungen des Vereins an ein Mitglied gelten als erfolgt, wenn sie an die letzte dem Verein bekannte Adresse des Mitglieds gerichtet sind. Dies gilt für die Postanschrift ebenso wie für die E-Mail-Adresse.
- (3) Die Mitglieder sind verpflichtet, Änderungen ihrer persönlichen Daten und beitragsrelevanter Sachverhalte unverzüglich dem Vorstand mitzuteilen.
- (4) Für alle Fristen von Erklärungen in Textform gilt die Rechtzeitigkeit des Absendedatums. Der Nachweis über die Rechtzeitigkeit obliegt dem Absender.

§ 13. Auflösung des Vereins

- (1) Der Verein kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung aufgelöst werden. Die Auflösung des Vereins kann nur in einer eigens dazu einberufenen Mitgliederversammlung beschlossen werden; die Einberufungsfrist für eine derartige Mitgliederversammlung beträgt vier Wochen. Zu dem Beschluss über die Auflösung ist eine Mehrheit von 3/4 der anwesenden Stimmen erforderlich. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen nicht.
- (2) Die Mitgliederversammlung bestimmt im Falle der Auflösung die Verwendung des nach der Abwicklung der laufenden Geschäfte im Zeitpunkt der Auflösung etwa noch vorhandenen Vermögens für die in § 2 vorgesehenen Zwecke.

§ 14. Gerichtsstand

- (1) Der vereinbarte Gerichtsstand und Erfüllungsort des Vereins ist Weiden.
- (2) Soweit in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist, finden die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) Anwendung.

§ 15. Inkrafttreten

Die vorstehende Vereinssatzung tritt mit Eintragung in das Vereinsregister in Kraft.

Weiden i. d. OPf., den 31.12.2024